

Handout zum Pressegespräch (09.09.2013)

Unsicherheiten Serbiens auf dem Weg in die EU – Demokratie und Migration

Heinz Fassmann/Dieter Segert

Ergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojekts der Universität Wien (Forschungsplattform WOF), des IDM und des Instituts für Sozialwissenschaften in Belgrad. Laufzeit: 4/2010 – 3/2012, gefördert unter der Projektnr. 13741 durch ÖNB und BMWF.

Was versteht die serbische Bevölkerung unter Demokratie? Inwieweit beeinflusst das soziale Umfeld ihre Haltung zur Politik und vor allem die Bereitschaft zur politischen Partizipation? Wie entwickelt sich die Haltung der SerblInnen zur EU? Welche Zusammenhänge gibt es zwischen sozialer Lage, Bewertung der Demokratie und Migrationsbereitschaft? Wie sehr beeinflussen Erfahrungen aus dem Zielland das politische Verhalten der Remigranten? Fordern sie eine Veränderung des politischen Systems? Diese und andere Fragen standen am Beginn eines großen Forschungsprojektes, welches auf einer repräsentativen Befragung der erwachsenen Bevölkerung basierte.

Befragt wurden 880 Personen in 55 städtischen und ländlichen Siedlungen Serbiens (unter Ausschluss des Kosovo). Die Art der Interviews waren individuelle „Face-to-face“-Befragungen. Das Sample war nach Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und Nationalität repräsentativ. Zusätzlich wurde ein spezielles Sample von 210 Remigranten (w/m) ausgewählt und vier vertiefende Gespräche mit Fokusgruppen (je 9-10 TeilnehmerInnen) im April 2011 in Belgrad, Vrsac, Leskovac und Novi Pazar durchgeführt. Die 4 Orte der Fokusgruppen repräsentieren gut die Verschiedenheit Serbiens bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung, Zusammensetzung der Bevölkerung, sowie kulturelle Lebensstile.

Die Ergebnisse des Projekts wurden national und international publiziert und zwar in „Der Donauraum“ (2012/1, 7-116.), in der Zeitschrift „Southeastern Europe“ (2012/3, 291-420.) und als „IDM-Studie“ Nr.1/2012.

Was sind die wichtigsten Ergebnisse?

1. Die Bevölkerung Serbiens zeigt noch immer ein tiefes Misstrauen ihren politischen Institutionen gegenüber. Den Parteien vertrauen nur 12 % der Befragten, dem Parlament 23 % und der Regierung 27 %. Das hängt auch mit der jüngeren Geschichte zusammen. Die Bevölkerung wurde immer wieder auf neue und unterschiedliche und letztlich nicht realisierte Ziele eingeschworen, eine politische Glaubwürdigkeitskrise ist eingetreten. Dazu kommt die eigene, meist sehr schwierige ökonomische und soziale Situation: 60 % fühlen sich als Verlierer der Entwicklung seit dem Jahr 2000.
2. Diese Glaubwürdigkeitskrise zeigt sich auch bei den Fragen zum politischen System. Es ist zwar eine hohe Zustimmung zur Demokratie zu verzeichnen („Demokratie ist beste Regierungsform“ sagen 68 % der Befragten), aber gleichzeitig auch eine tiefe Skepsis, die etwas mit der Geschichte der eigenen Republik zu tun hat. Fast drei Viertel der Befragten meinen, dass es keine Demokratie geben kann, „solange große Länder kleinen alles vorschreiben“. 40% sagen sogar, dass „Demokratie in armen Ländern wie Serbien unmöglich ist“. Insgesamt schätzen 17 % der Befragten Serbien als „demokratisch“ ein, 18 % sehen „keine Demokratie“ und 53 % meinen, Serbien sei ein „gemischtes Regime“ (sowohl als auch).
3. Serbien weist eine traditionelle Bindung zum östlichen Europa – einschließlich zu Russland – auf. Die Staaten mit einer Bevölkerung, die sich zur Orthodoxie bekennt, gehören zu den immer schon befreundeten Staaten. An dieser Ostorientierung hat sich aber etwas verändert. Die präferierte außenpolitische Orientierung sieht folgendermaßen aus: ein Drittel

bevorzugt den „Westen“ (einschließlich EU), ein Viertel den „Osten“ und ein Zehntel die Blockfreiheit a la Tito. Der Rest hat sich nicht deklariert. Die Präferenz für den Westen nimmt mit steigender Bildung deutlich zu, sie sinkt jedoch mit dem Alter, bei Muslimen und Ungarn stärker als bei ethnischen Serben.

4. Der besondere Stellenwert der Studie liegt in der erstmals systematisch und empirisch abgesicherten Verbindung von politischer Einstellung und erlebter Migrationserfahrung. Verändern Remigranten aufgrund ihrer Erfahrungen im westlichen Ausland das politische System? Die erste Überraschung bei der Beantwortung der Frage war zunächst der geringe Anteil an Remigranten. Auf die Frage, „lebten Sie jemals länger als 6 Monate im Ausland (die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens sind dabei nicht inkludiert)“ antworteten im Basissample lediglich 1,8% mit einem „Ja“. Der Anteil der zurückgekehrten Gastarbeiter und deren Familienangehörige, die über direkt erlebte Migrationserfahrungen verfügen, ist damit ausgesprochen niedrig. Migration weist eben doch sehr viel häufiger „Endgültigkeitscharakter“ auf, als es die Diskussion um transnationale Mobilität vermuten lässt
5. Rückwanderer sind deutlich älter als die wohnhafte Bevölkerung, was darauf hindeutet, dass Menschen nach einem abgeschlossenen „Migrationsprojekt“ wieder in die alte Heimat zurückkehren. Die Gründe für eine Rückkehr lagen im unmittelbar familiären (46,0%) und rechtlichen Bereich (z.B.: Ende des Aufenthaltsvisums; 24,6%), Eintritt in das Rentenalter (10,3%) oder Erreichen der selbst gesteckten materiellen Ziele (9,8%). Sehr viel seltener sind die guten Bedingungen der Rückkehr (7,6%) oder nostalgische Gefühle (6,3%) ausschlaggebend für eine Rückkehr. Besonders in den Gruppeninterviews zeigt sich, dass nicht nur vergleichsweise wenige zurückkehren, sondern auch die weniger Erfolgreichen. Für Österreich heißt das aber umgedreht: Österreich ist der Nutznießer einer selektiven Zuwanderung von gut ausgebildeten, jüngeren und dynamischen Menschen, die nicht mehr zurückkehren und ihre Lebensinteressen auf Österreich ausrichten.
6. Zwischen der politischen Einstellung und einem absolvierten Auslandsaufenthalt besteht ein signifikanter Zusammenhang. Wer länger im Ausland lebte, vertritt sehr viel häufiger die Meinung, dass westliche Demokratien auch für Serbien ein Vorbild sind, sie fühlen sich seltener als Verlierer der Transformationsprozesse und sie lehnen auch die Zeit des Kommunismus, als es es nur eine Partei gab, häufiger ab. Die Kosovofrage wird seltener als Problem bewertet. dafür die Korruption, die Kriminalität und die Sicherheit sehr viel mehr. Die Erfahrungen mit den staatlichen Behörden in Deutschland, Österreich oder der Schweiz sowie die dort erlebte soziale und alltagsweltliche Sicherheit mögen dabei eine Rolle gespielt haben.
7. Neben den Migrationserfahrungen stellten die Migrationserwartungen einen weiteren wichtigen Schwerpunkt der Erhebung dar. „Wenn Serbien Mitglied der EU wäre, würden Sie sich dann in einem anderen Land der EU niederlassen?“, lautete die Frage. 6,5% haben sich noch nicht entschieden, 51,8% sagen eher oder definitiv nein, aber 17,0% wahrscheinlich und 24,7% sogar definitiv ja. Das heißt nicht, dass im Falle des Falles tatsächlich und automatisch ein Viertel der Bevölkerung Serbien verlässt, aber es belegt ein hohes Ausmaß an Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den gegebenen Umständen und eine hohe Erwartung an die positiven, individuellen Folgen eines Auslandsaufenthalts. Insbesondere jene Befragten, die Sympathie für die „westliche Demokratie“ haben, die Serbien klar dem „Westen“ zuordnen, einen möglichen EU-Beitritt positiv wahrnehmen, die Kosovofrage weniger ernst einschätzen und sich keineswegs an die Zeit der Einparteienherrschaft zurücksehnen, würden die Möglichkeit der Niederlassungsfreiheit innerhalb der EU überdurchschnittlich oft nützen.